Abend-Ausgabe

72. Jahrgang. № 172 — Mittwoch, 11. April 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. April 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat April 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rettet die evangelische Schule!

Dibelius über die deutsche Schulnot und die Kulturkrisis der Gegenwart.

Die evangelische Reichseltern-Tagung in Magdeburg.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)

Magdeburg, 11. April. Der Hauptverhandlungstag des evangelischen Reichselterntages, der heute vormittag eröffnet wurde, war außerordentlich stark besucht. Die bedeutendsten Führer der evangelischen Kirche waren anwesend. Der Vorsitzende **Exz. Dr. Conce** begrüßte eine große Reihe von Vertretern hoher kirchlicher und kommunalpolitischer Stellen.

Den Festvortrag über

„Die deutsche Schulnot und die Kulturkrisis der Gegenwart"

hielt Generalsuperintendent D. Dr. **Dibelius**, Berlin. Er führte etwa aus:

Nach dem Scheitern des Keudellschen Reichsschulgesetzes wird man zum mindesten für geraume Zeit mit dem Andauern der gegenwärtigen Rechtslage auf dem Schulgebiet zu rechnen haben. Die evangelische Elternschaft steht vor der Frage, wie sie unter diesen Verhältnissen ihre Aufgaben und Verantwortungen erfüllen könne.

Charakteristisch für die gegenwärtige Lage ist die Unsicherheit auf dem gesamten Gebiet des Schullebens. Die Rechtslage ist so ungesichert, daß dieselben Schulen bald für Gemeinschaftsschulen, bald für evangelische Schulen, bald wieder für weltliche Gemeinschaftsschulen erklärt werden konnten, je nach der Zusammensetzung der betreffenden Regierung. Das Schulgebet wird verboten, wieder eingeführt, wieder abgeschafft. Damit aber greift auch in bezug auf den Geist der Schule eine große Unsicherheit Platz. Weder weiß man genau, was für ein Geist in den weltlichen Schulen herrscht, noch ist man sicher, ob die evangelischen Schulen wirklich noch als evangelisch betrachtet werden können.

Unter dieser Unsicherheit leidet das Vertrauen der Eltern zur Schule.

Das aber ist ein Unrecht gegenüber der Lehrerschaft. Das ganze Bestreben der evangelischen Elternschaft geht darauf, durch Klärung der Verhältnisse ein neues, unbefangenes Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Schule zu begründen. Dabei muß man sich freilich klar machen, daß die Unsicherheit auf dem Schulgebiet ihre Wurzeln in der gegenwärtigen

Kulturkrisis

hat. Diese ist durch die Revolution nicht geschaffen, wohl aber zur vollen Entfaltung gebracht worden. Das entscheidende Merkmal dieser Kulturkrisis ist die Unsicherheit auf sittlichem Gebiet. Der Inhalt der sittlichen Norm steht nicht mehr fest, die sittlichen Triebkräfte sind durch die Verweltlichung der Kultur ihres letzten Ernstes beraubt, und der Charakter des sittlichen Sollens, das die Ueberwindung des Triebhaften fordert, wird abgeschwächt. Ohne kraftvolle Bestimmtheit des Sittlichen aber ist keine Kultur und vollends keine zielsichere Erziehung möglich.

Man hat versucht, diese schwierige Lage, in die die Schule und ihre Arbeit durch diese Kulturkrise geraten sind, durch den Begriff der „pädagogischen Autonomie" zu überwinden, so daß also die Schule ihre Arbeit in einer eigenen Welt und unter eigenen Gesetzen tun könnte.

Aber das Leben der Schule läßt sich nicht isolieren. Nur durch positive Einwirkung auf das geistige Gesamtleben der Nation ist der Schule zu helfen. Hier liegt die Aufgabe der evangelischen Kirche.

In den Rahmen dieser Gesamtaufgabe gehört es als bedeutsame Einzelheit, die evangelischen Schulen, die jetzt bestehen, vor der „kalten Säkularisierung" zu schützen und sie mit kraftvollem, evangelischem Leben zu erfüllen. Das ist die Aufgabe der evangelischen Elternschaft, die dabei die evangelischen Lehrer und Lehrerinnen zu Bundesgenossen hat. Gerade im Kampf um die Schule wird eine evangelische Volkskirche erwachsen, bei deren Führung die evangelische Lehrerschaft notwendig mit an die erste Stelle rücken wird.

Die evangelische Elternschaft hat mit der katholischen die Rolle gewechselt. Diese ist jetzt im Besitz eines weltanschaulich gesicherten Schulwesens, während die evangelische Elternschaft unausgesetzt über die unfreundliche, ja feindliche Haltung kommunaler und staatlicher Behörden und über Eingriffe in ihre unveräußerlichen Elternrechte zu klagen hat. **Im Kampf der Geister aber ist immer bei der Unbedingtheit ewiger Ziele und Verantwortungen der Sieg! Der Kampf der evangelischen Elternschaft um die evangelische Erziehung ihrer Kinder kann nur mit einem vollen Siege enden!**

Es kommt für die evangelische Kirche darauf an, aus dem Sonntag in den Alltag hinabzusteigen, aus dem heraus die Schule das Bild einer schweren Kulturkrisis widerspiegelt. Es genügt nicht, wenn die Schule die Kinder nur in die Problematik hineinführe. Man erweist der Jugend einen schlechten Dienst, wenn man ihr nicht die positiven Kräfte des Lebens zuführt.

Der Redner schob dem Elterngewissen die ganze Verantwortung für die Schulfrage zu. Die Familie sei noch immer nach seiner Auffassung die erste und vornehmste Erzieherin. Vom evangelischen Gewissen aus glaube er sich des Verständnisses und der Mitarbeit der evangelischen Lehrerpersönlichkeiten sicher. Es komme darauf an, daß allgemeine Priestertum zu statuieren. Er drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß wieder eine Zeit vollsten Vertrauens anbrechen werde, während das Vertrauen dieser Uebergangszeit vielfach erschüttert sei.

Um Spaniens Sitz im Völkerbundsrat.

(Von unserem Genfer Mitarbeiter.)

Genf, den 10. April.

Seitdem der spanische Wiedereintritt in den Völkerbund, d. h. die Zurücknahme der Austrittserklärung, verbindlich geworden ist, befaßt man sich in den politischen Kreisen Genfs allmählich bedeutend ausführlicher mit der Frage des spanischen Sitzes im Völkerbundsrat. In den letzten Tagen haben sich einige Madrider Depeschen deutlich über diese Sitzfrage ausgesprochen und es liegt sogar eine Meldung vor, wonach Primo de Rivera sich persönlich in Genf vorzustellen die Absicht hat, wenn die Vollversammlung Spanien einen mit der Eigenschaft der Wiederwählbarkeit versehenen Ratssitz zugesprochen habe. Es herrschte niemals irgendein Zweifel darüber, daß Spanien sehr schnell wieder in den Völkerbundsrat gelangen würde, obwohl ein ständiger Sitz natürlich nicht in Frage steht. Nach menschlichem Ermessen kommen für ständige Ratssitze nur noch die Vereinigten Staaten und Rußland von allen im Völkerbund noch fehlenden Ländern der Erde in Betracht. Der spanische Wiedereintritt geschieht ohnedies, wie es übrigens von der Madrider Regierung anerkannt worden ist, „völlig bedingungslos".

Mit dieser Bedingungslosigkeit dürfte es indessen doch eine gewisse Bewandtnis haben. Es liegen genügend Anzeichen vor, daß Frankreich und England auch dieses Mal wieder etwas optimistisch auf die Völkersammlung gerechnet haben, daß sie es aber zugleich an der Vorsicht nicht fehlen ließen, keine ganz offiziellen Zusicherungen zu geben. Die Vollversammlung hat bereits anläßlich zweier bemerkenswerter Sessionen gezeigt, wie wenig sie willens ist, vorzeitige politische Versprechungen einiger Großer nachträglich einzulösen, und sie hat sich damit als ein für die Großmächte etwas unzuverlässiges Werkzeug erwiesen. Trotzdem dürften die Großmächte Spanien nicht viel weniger als die sofortige Wiederwahl in den Rat versprochen und dafür als eine Art Rückversicherung die spanische Erklärung der „Bedingungslosigkeit" erhalten haben. Ohne das Bestehen einer derartigen Abmachung wäre kaum zu erklären, wieso die spanische Presse in der Lage war und ist, sich mit so großer Bestimmtheit über den zu erhaltenden nichtständigen, aber sicherlich als wiederwählbar deklarierten Sitz zu äußern.

Die praktische Lösung der Sitzfrage wird allerdings nicht einfach sein. Es treten dieses Jahr Holland, Kolumbien und China aus dem Rate aus und nun dürfte sich die Frage erheben, in welche der leeren Stellen Spanien eingeschoben werden soll. Angesichts der besonderen lateinamerikanischen Verhältnisse, auch wenn Brasilien noch nicht wieder eintritt und Argentinien sich weiterhin zurückhält, kann nicht damit gerechnet werden, daß der Sitz Kolumbiens ohne schwere Verwicklungen an Europa abgetreten werden könnte. An die Stelle Kolumbiens wird wieder ein lateinamerikanischer Staat gewählt werden müssen. Ganz ähnlich verhielt es sich bis vor kurzem mit dem durch Holland freiwerdenden europäischen Ratssitz, den die nordischen Neutralen im Turnus zu besitzen beanspruchen.

Es blieb somit für Spanien nur die von China geschaffene Lücke übrig, die aber eine ganze Reihe von Schönheitsfehlern aufwies. Sobald der zweite asiatische Sitz an Europa überginge, wäre der gewaltige asiatische Erdteil nur noch von Japans ständigem Sitz vertreten und damit in eine ganz klägliche Rolle gedrängt. Freilich kommt China nicht weiter in Frage, obwohl es natürlich die Wiederwählbarkeit verlangen kann, was aber niemand erwartet. Als zweiter Vertreter Asiens steht Persien sprungbereit, zum zweiten Male; gewisse Rechtsansprüche macht dann schließlich noch die Türkei geltend. Gegen den Gedanken, Asien seinen zweiten Sitz wegzunehmen, bestehen ohnedies politische Bedenken von schwerem Gewichte; Rußland würde sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, bei der Propaganda in Asien gegen Europa im allgemeinen und gegen den Völkerbund im besonderen diese Hintansetzung Asiens auf jeden Fall so weit als möglich auszubeuten.

Das Problem der Neuwahl Spaniens in den Völkerbundsrat enthält zweifellos in jeder Beziehung seine Schwierigkeiten, auf deren Ueberwindung man gespannt sein kann. Es ist eine unwiderlegliche Tatsache, daß für einen nach wahrhafter Universalität strebenden Völkerbund die Ratssitze zu sehr auf Europa zusammengedrängt sind, und daß die wechselnden Sitze besser über die ganze Erde verteilt werden müßten.

Wie sich gegenwärtig die Lage darstellt, kommt für Spanien nur das ablaufende holländische Ratsmandat in Frage, sicherlich gegen die Stimmen der nordischen Neutralen, die aber natürlich lange nicht hinreichen können, den „nordischen Turnus" aufrechtzuerhalten. Für die Techniker der Sitzeverteilung besteht glücklicherweise der Umstand, daß Finnland auch 1828/29 dem Rat angehört, was ihnen ermöglicht, die nordischen Königreiche zu veranlassen, ihrem Kreise auch Finnland zuzurechnen und sich damit als vertreten zu fühlen.

Keine Deutschen bei dem Smyrnaer Erdbeben verunglückt.

Berlin, 11. April. Das deutsche Konsulat in Smyrna hat dem Auswärtigen Amt berichtet, daß bei dem schweren Erdbeben, das jüngst Smyrna und Umgebung heimgesucht hat, weder Deutsche noch deutsches Eigentum zu Schaden gekommen ist.

Aus dem Amtsgericht Moabit entführt.

Wildwest-Ueberfall durch junge Kommunisten

Berlin, 11. April. Im Amtsgericht Moabit fand heute morgen gegen 10 Uhr eine turbulente Szene statt. Aus dem Vorzimmer des Reichsgerichtsrates Dr. Bogt wurde von einer schwer bewaffneten Bande der wegen Landesverrates in Haft sitzende Schriftsteller Otto Braun befreit. Trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung konnte Braun nicht wieder verhaftet werden.

Braun befand sich seit dem vorigen Jahre wegen Landesverrates in Untersuchungshaft. Seit einiger Zeit hatte seine Freundin, die 20jährige Olga Benario, die Erlaubnis, ihn ab und zu im Gefängnis zu besuchen. Reichsgerichtsrat Bogt hatte ihr auch heute wieder diese Erlaubnis erteilt. Plötzlich drangen sechs bis acht sonntäglich gekleidete junge Burschen in das Zimmer, hielten den Beamten Revolver vor die Brust und forderten sie auf, die Hände hochzunehmen. Als ein Justizwachtmeister versuchte, dem einen Burschen den Revolver aus der Hand zu schlagen, bekam er mit einem Gummiknüppel mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er zu Boden fiel. Zwei andere stürzten sich auf den Justizobersekretär und würgten ihn, weil er um Hilfe rief. In der Zwischenzeit alarmierten andere Justizbeamte, die die Hilferufe gehört hatten, mittels schrillen Pfeifens das ganze Haus. Von allen Seiten eilten Justizbeamte und Polizisten herbei, doch ehe die Ausgänge versperrt worden waren, gelang es den Verbrechern, in einem bereitstehenden Auto zu entfliehen. Am Ausgange konnte man nur einen dieser Rowdys festnehmen.

Der festgenommene Mitverschworene an dem Plan der gewaltsamen Befreiung des gefangenen Schriftstellers Braun gestand nach seiner anfänglichen hartnäckigen Weigerung, eine Auskunft über sich und seine Mitbeteiligung zu geben, ein, daß der Plan seit acht Tagen sorgfältig vorbereitet worden sei. Er behauptete jedoch, daß er die anderen Mitverschworenen nicht gekannt habe, und daß überhaupt keiner von der Persönlichkeit des andern Kenntnis gehabt habe. Er gab dann zu, daß er Karl Philipp heiße. Er sei Schlächtergeselle von Beruf und 24 Jahre alt. Die bei ihm gefundene Drense-Pistole will er erhalten haben. Auch die anderen seien in derselben Weise ausgerüstet worden. (WTB.)

Des näheren wird uns hierzu noch gemeldet: Braun befand sich seit vorigem Jahre mit einem anderen Kommunisten, Semmelmann, zusammen in Untersuchungshaft wegen Landesverrat. Olga Benario wurde wie üblich in das Zimmer des Untersuchungsrichters geführt, an das sich dann das Sprechzimmer mit einer direkten Verbindungstür zum Untersuchungsgefängnis anschließt. Während sich die Benario unter Aufsicht des Obersekretärs Schmidt mit Braun unterhielt, drangen in das Vorzimmer, in dem sich nur ein Justizwachtmeister aufhielt, die mit Pistolen bewaffneten jungen Burschen ein, riefen „Hände hoch!", stürzten sich im selben Augenblick auf den Justizwachtmeister und schlugen ihn zu Boden. Auf den Lärm hin eilte der Obersekretär Schmidt aus dem Nebenzimmer herbei, wurde aber gegen die Wand gedrückt. Die Burschen hielten ihm eine Pistole gegen die Stirn, so daß er eine leichte Verwundung davontrug. Dann verschwand die ganze Bande zusammen mit Braun.

Verpaßte Gelegenheit.

20 Wanderkino-Automobile von den Kommunisten aufgekauft.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. April. Vor einiger Zeit wurde in Naumburg a. d. Saale die Dewoli als ein nationales Unternehmen gegründet, das sich zur Aufgabe machte, Wanderkinos durch ganz Deutschland zu schicken und in weiten Kreisen nationale Filme vorzuführen. Leider hat sich dieses Unternehmen wirtschaftlich nicht halten können und ist bekanntlich vor kurzer Zeit in Konkurs gegangen. Nun griffen in Anbetracht der kommenden Reichstagswahlen nicht etwa die nationalen Parteien zu, sondern man kümmerte sich leider auf der Rechten nicht um die Konkursmasse, mit dem Ergebnis, daß **die Kommunisten nun ihrerseits das gesamte Unternehmen aufgekauft haben und das Land mit 20 erstklassigen modernen Wanderkino-Automobilen mit ihren Propagandafilmen überschwemmen werden.**

Die gefährlichen Verladerampen.

Koblenz, 11. April. Die Rheinlandkommission hat die Reichsbahndirektion in Trier in einem Schreiben angewiesen, in ihrem Bezirk sämtliche Verladerampen, die in der Zeit von 1914 bis 1918 zur Verladung von Truppen hergerichtet worden sind, abzureißen oder unbrauchbar zu machen.